

motivierten Pressionen eines vatikanischen Fundamentalismus“ verantwortlich. Motiviert von einem dem ganzen Globus sexuelles Glück und Heil verschreibenden Sendungsbewußtsein seien die oftmals von den USA unterstützten Skandinavier aufgetreten. In deren Position scheine der Staat verantwortlich für das sexuelle Glück und körperliches wie seelisches Wohlbefin-

den eines jeden Individuums. Eines habe New York gezeigt: „Ein globales Aktionsprogramm zu Bevölkerung und Entwicklung läßt sich – zugespitzt formuliert – nicht auf der Basis weltanschaulicher Auseinandersetzungen und von dogmatischen Begriffsbestimmungen sowie Weltbeglückungsstrategien gespeisten Bekehrungskampagnen erarbeiten.“ A. F.

Österreich: Turbulenzen vor der EU-Abstimmung

Am Tag der Wahlen zum Europäischen Parlament entscheiden die Österreicher in einer Volksabstimmung über den Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union. Der Riß in der Frage des Beitritts geht durch alle Parteien, die Kirchen halten sich mit direkten Empfehlungen zurück.

Wenn am 12. Juni die mehr als 5,5 Millionen wahlberechtigten Österreicher mit ihrem Ja oder Nein über den *Beitritt der Alpenrepublik zur Europäischen Union* entscheiden, dann stellen sie die Weichen für den künftigen politischen Kurs ihres Landes in der Mitte Europas.

Die leidenschaftlichen Auseinandersetzungen, die vor dieser Volksabstimmung schon seit Wochen und Monaten das ganze Land aufwühlen, sind von außen her vermutlich unverständlich, wenn man nicht die jahrzehntelange Vorgeschichte in Betracht zieht. Heute ist es ja nahezu schon vergessen, daß Österreich im Jahr 1945 so wie Deutschland ein vierfach geteiltes Land war. Die gesamte Schwerindustrie samt den Ölquellen in Ostösterreich wurde von den Sowjets damals als „deutsches Eigentum“ beschlagnahmt, ebenso die Flotte der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft.

Erst im Staatsvertrag 1955 gelang es, die Besetzung Österreichs durch die vier Alliierten zu beenden und die sowjetisch verwalteten Betriebe in Ostösterreich zurückzubekommen. Der Kaufpreis für diesen damals in der ganzen Welt bestaunten politischen

Erfolg war die Erklärung Österreichs, immerwährend neutral sein zu wollen. Eine Assoziierung oder gar ein Beitritt Österreichs zur EG war daher viele Jahre undenkbar, wie zahlreiche sowjetische Vetos in jeder Zeit bewiesen. Aus der Not der damaligen Zwangslage machten die Österreicher bald eine Tugend: Sie kamen relativ schnell darauf, daß in einer Zeit des Kalten Krieges ein neutrales Land beträchtliche Chancen hatte, zwischen den großen Militärblöcken eine neutrale Plattform für Verhandlungen, Gespräche und für den Austausch von Informationen darzustellen.

Die Neutralität wurde durch die Ereignisse überholt

Auf diese Weise wurde die Neutralität im Lauf der Zeit von immer mehr Österreichern als „Bestandteil der österreichischen Identität“ empfunden. Nicht wenige Bewohner der rotweiß-roten Republik mögen in der Neutralität auch einen willkommenen Unterschied zum großen deutschen Nachbarn gesehen haben. Die kurzfristige mitteleuropäische Euphorie, die

in den achtziger Jahren vor allem in der Literatur von Ungarn bis in das Triester Küstenland, von Böhmen bis Kroatien sichtbar wurde, dürfte in diesem Unterschied eine ihrer Ursachen gehabt haben: Denn unter dem massiven Druck des Kreml, der permanent den Teufel des deutschen Revanchismus an die Wand malte, und Institutionen wie die EG oder die Nato als Kriegstreiber denunzierte, war Österreich jahrzehntelang das Schlupfloch der Tschechen, Slowaken, Ungarn, Kroaten, Slowenen und Polen in den Westen. Hoffnungen auf ein Mitteleuropa zwischen den Blöcken tauchten auf.

Als 1989 das kommunistische System zusammenbrach, war es auch mit der Sonderstellung Österreichs vorbei. Denn in einer Welt, in der es keine gegensätzlichen Militärblöcke mehr gab, konnte an jedem beliebigen Punkt der Erde gesprochen und verhandelt werden, dazu brauchte man nicht irgendein österreichisches Palais auf neutralem Boden. Der Schock, daß die Neutralität durch die Ereignisse plötzlich überholt war, ist bis zum heutigen Tag in Österreich noch nicht überwunden. Daraus ergeben sich zahlreiche Resentiments gegen einen Beitritt zur Europäischen Union, die unter verschiedenstem Gewand spürbar werden.

Dazu kommt noch die Befürchtung, daß der frische Wind der Konkurrenz in Westeuropa allzu heftig das Land der Zünfte in der Mitte des Kontinents heimsuchen könnte. Besonders verschreckt sind die *österreichischen Bauern*, die bisher durch ein ausgeklügeltes Agrarsystem mit hohen Preisen für Lebensmittel aller Art geschützt waren. Auch verschiedene Zweige der österreichischen Industrie, vor allem im Nahrungsmittelbereich, profitierten von diesem System, das mit einem freien Wettbewerb nicht viel zu tun hat. Die *hohen Arbeitslosenziffern* in einer ganzen Reihe westeuropäischer Länder sind eine zusätzliche Quelle von Ängsten für viele Österreicher, die mit Stolz auf die relativ niedrige Arbeitslosenrate in ihrem Land verweisen. Diese vielfältigen Befürchtungen sind ein guter Nährboden für Populisten al-

ler Art, sowohl im politischen als auch im medialen Bereich. In der österreichischen Presse gibt es allerdings nur eine einzige Tageszeitung, die mit allen Rohren gegen einen EU-Beitritt schießt. Es ist dies das tägliche Bildmagazin „täglich alles“ mit hohen Auflagen, das Tag für Tag mit neuen Horrorgeschichten aus dem Bereich der Europäischen Union aufwartet. Erst kürzlich meldete dieses Boulevardblatt in großen Lettern, ein Bauer habe sich aus Angst vor der EU umgebracht, wenige Tage später hieß es in einem Aufmacher, Bundeskanzler *Helmut Kohl* habe den Anschluß Österreichs gefordert.

Mobilisierung von Affekten gegen den Beitritt

Nur wenig niveauvoller ist die Ebene, auf der der Parteichef der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), *Jörg Haider*, gegen die EU zu Felde zieht. Seit ihrer Gründung war die FPÖ die einzige Partei in Österreich, die rückhaltlos für die EG und Europa eintrat. *Jörg Haider*, der seltsamerweise von großen deutschen Zeitungen wie der „Frankfurter Allgemeinen“ und der „Welt“ ziemlich kritiklos publizistisch unterstützt wird, blieb es vorbehalten, diese Linie seiner Partei radikal zu ändern. Große alte Männer der Partei wie *Wilfried Gredler* und viele andere protestierten gegen diese Kehrtwendung um 180 Grad, blieben aber in der Minderheit: Zu verlockend ist für *Haider* und die jungen Manager der Macht in seiner Umgebung der Gedanke, mit einer massiven Anti-EG-Linie Protestwähler weit über den Kreis der eigenen Partei hinaus zu gewinnen. Und genau das ist das einzig erkennbare Ziel der *Haiderschen* Politik – ein Staubsauger für Protestwähler aller Art zu sein.

Auch die *Grünen* reihen sich in die Front der Anti-EU-Kämpfer ein, wobei ihre Themen in erster Linie Umweltfragen, so z. B. der Transit der Lastkraftwagen aus den EU-Ländern durch Tirol und Salzburg, betreffen. Emotionalisierend wirkt aber auch der

Umstand, daß Österreich in einigen Bereichen strengere Umweltvorschriften als die EU hat, deren Verwässerung nun befürchtet wird.

Dieser Mobilisierung von Affekten gegen einen EU-Beitritt Österreichs standen die beiden Regierungsparteien, die Sozialdemokraten (SPÖ) und die Volkspartei (ÖVP), anfangs recht unsicher gegenüber. Werbeagenturen wurden von der Regierung angeheuert, um dem österreichischen Volk den EU-Beitritt schmackhaft zu machen. Erst nach längerer Zeit merkte man, daß ungeschickt formulierte Werbeparolen nicht die richtige Medizin waren, sondern daß es der Überzeugungsarbeit möglichst vieler glaubwürdiger Politiker bedurfte.

Als Turm in der Schlacht erwies sich dabei von Anfang an Außenminister *Alois Mock*, der schon seit Jahren den Weg nach Brüssel anvisierte. Im Juli 1989 gelang es ihm, gegen den inhaltenden Widerstand der Sozialdemokraten das offizielle Beitrittsansuchen Österreichs in Brüssel zu überreichen. Damals mußte er noch auf nachhaltigen Wunsch des sozialdemokratischen Koalitionspartners einen Neutralitätsvorbehalt Österreichs in das Beitrittsansuchen aufnehmen.

Im Dezember 1992 beschloß der EG-Gipfel in Edinburgh, im Januar 1993 Verhandlungen mit allen vier Beitrittswerbern (Österreich, Schweden, Finnland, Norwegen) aufzunehmen. Diese Verhandlungen gestalteten sich vor allem in ihrer Endrunde dramatisch, denn die Brüsseler Bürokratie geriet zunehmend in ärgste Termenschwierigkeiten. Dazu kamen Querschüsse aus Großbritannien und aus Spanien aus sehr verschiedenen Motiven. Bei diesen Verhandlungen erwies sich *Alois Mock* trotz schlimmen Krankheitssymptomen als Steher mit besonderen Qualitäten. *Mock* kämpfte bei den Verhandlungen in Brüssel mit fast übermenschlicher Kraft und Ausdauer. Er erzielte damit ein Ergebnis, das durchaus respektabel ist.

In der österreichischen Öffentlichkeit ist Außenminister *Mock* nach diesem Erfolg wie ein Held gefeiert worden.

Das Verhandlungsergebnis von Brüssel hätte aber nicht erzielt werden können, wenn nicht die beiden Koalitionsparteien, die sich sonst oft sinnloserweise immer wieder in politischen Streit verwickeln lassen, in der EU-Frage endlich zusammengefunden hätten.

Keine eindeutigen Empfehlungen der Kirchenleitungen

Die Folge ist eine deutliche Änderung des Meinungspegels in Österreich. Noch im Winter bestätigten alle Umfrageergebnisse ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Befürwortern und Gegnern des EU-Beitritts. Besorgniserregend zu diesem Zeitpunkt war jedoch der hohe Anteil von Unentschlossenen. Nach dem Ende der Beitrittsverhandlungen in Brüssel Anfang März zogen die EU-Anhänger ganz klar davon. Ihr Vorsprung betrug bald bis zu 25 Prozent. Diese euphorische Stimmung hielt jedoch nicht an. Mit dem Näherrücken der Entscheidung schrumpfte wieder der Abstand zwischen den EU-Anhängern und den EU-Gegnern, so daß in den letzten Tagen von beiden Seiten noch alles in den Kampf um die Stimmen der Wähler hineingepfeffert werden wird.

Eines ist dabei allen Beteiligten klar: Was immer die einzelnen Parteiführungen an Parolen für die Volksabstimmung ausgeben mögen – in der EU-Frage geht der Reiß quer durch die Anhänger aller Parteien. So gibt es sehr viele FPÖ-Mitglieder und -Sympathisanten, die entgegen der Meinung *Jörg Haiders* für einen schnellen EU-Beitritt sind. Es gibt aber auch prominente Grüne, die entgegen der Auffassung der Mehrheit in ihrer Partei für die EU votieren. Andererseits ignorieren nicht wenige Sozialdemokraten und Volksparteiler – diese vor allem im ländlichen Bereich – die Wahlempfehlungen ihrer Parteileitungen, sie wollen gegen den EU-Beitritt stimmen. Auf diese Weise gerät im Zug der EU-Diskussion die gesamte österreichische Parteienlandschaft völlig durcheinander.

Die Polarisierung in der EU-Debatte

hat auch die *Kirchen* nicht verschont. Die katholischen und die evangelischen Christen sind beim EU-Thema ebenfalls alles andere als einer Meinung. Daher halten sich auch die Kirchenleitungen mit einer eindeutigen Empfehlung zurück. Die katholischen Bischöfe beschlossen eine Erklärung, in der sie vor allem die spirituellen Werte Europas unterstrichen. Vor-

schläge, die auf eine eindeutige Wahlempfehlung hinausliefen, fanden jedoch in der Bischofskonferenz keine Mehrheit. Ähnlich vorsichtig agierte die evangelische Kirche.

Die österreichischen Wähler werden daher bei der Volksabstimmung am 12. Juni vor allem ihrem eigenen Urteil, ihrem eigenen politischen Instinkt vertrauen müssen. F. C.

über die lutherischen, reformierten und unierten Kirchen hinaus. Schließlich sollte Wien auch Impulse für das *gemeinsame Zeugnis* der reformatorischen Kirchen angesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen und geistigen Herausforderungen in Europa geben.

Was die lehrmäßige Vertiefung der Leuenberger Kirchengemeinschaft anbelangt, so konnte man in Wien die Ernte von Gesprächen und Konsultationen einfahren, die teilweise schon vor die 3. Vollversammlung von Straßburg zurückreichen. Zweifellos wichtigstes Ergebnis war die einstimmige Verabschiedung eines umfangreichen Dokuments mit dem Titel „Die Kirche Jesu Christi“. Es sei damit erstmals seit der Reformation ein gemeinsamer Text zum evangelischen Verständnis der Kirche erarbeitet worden, heißt es im Brief der Vollversammlung an die Kirchen. Das Papier beschreibt das Wesen der Kirche als der Gemeinschaft der Heiligen und geht in diesem Zusammenhang ausführlich auf die Frage des kirchlichen *Amtes* ein. Sie wird in der Leuenberger Konkordie selbst nicht behandelt, sondern unter den Themen aufgezählt, an denen weitergearbeitet werden müsse. Die nach wie vor bestehenden Unterschiede in der Amtsfrage (vor allem zwischen Lutheranern und Reformierten) stellten die durch die Zustimmung zu Leuenberger erklärte Kirchengemeinschaft nicht in Frage, so jetzt das in Wien verabschiedete Dokument.

Der Text widmet ein weiteres Kapitel den Herausforderungen für die Kirche in der heutigen pluralistischen Gesellschaft (diese Gesellschaft brauche das Bekenntnis, die pastorale Zuwendung, den Rat, die prophetische Kritik und die Mission der Kirche) und beschäftigt sich mit dem Dialog mit dem Judentum, den nichtchristlichen Religionen und anderen Weltanschauungen. Der abschließende Teil des Dokuments gilt dem reformatorischen Verständnis der Einheit und des Einswerdens der Kirche und beschreibt die Leuenberger Kirchengemeinschaft als ökumenisches Einheitsmodell. Leuenberger sei keine einseitige ökumenische

Protestanten: Leuenberg vor neuen Herausforderungen

Die Leuenberger Konkordie von 1973 brachte Kirchengemeinschaft zwischen den reformatorischen Kirchen in Europa. Bei der vierten Vollversammlung der an Leuenberg beteiligten Kirchen ging es jetzt um die Vertiefung und Erweiterung dieser Gemeinschaft unter den veränderten Bedingungen des heutigen Europa.

„Unsere Gemeinschaft ist gewachsen. Gewachsen sind zugleich die Herausforderungen, denen wir uns heute gegenübersehen. Darum steht die Leuenberger Kirchengemeinschaft am Beginn einer neuen Phase: Eine Vertiefung und Erweiterung drängt sich in einer Situation tiefgreifender Umwandlungen in Europa auf.“ Dieses Resümee zogen die Delegierten der 4. Vollversammlung der an der Leuenberger Konkordie beteiligten Kirchen in einem Brief, den sie zum Abschluß ihrer Beratungen an die Kirchen richteten. Die Vollversammlung tagte vom 3. bis 10. Mai in Wien, sieben Jahre nach der letzten Vollversammlung, die im März 1987 in Straßburg stattgefunden hatte, und ein Jahr nach der Zwanzigjahrfeier der Fertigstellung der „Leuenberger Konkordie“ (vgl. HK, Mai 1993, 223). Als Ergebnis längerer Lehrgespräche ermöglichte die Konkordie von 1973 Kirchengemeinschaft zwischen lutherischen, reformierten und unierten Kirchen in Europa. Inzwischen sind ihr 85 Kirchen beigetreten, darunter auch fünf in Lateinamerika, die aus der europäischen Auswanderung entstanden sind. Zwischen der 3. Vollversammlung in Straßburg und dem Wiener Treffen lag

der grundlegende politische Wandel in Europa, für den das Schlagwort „Wende“ steht. 1992 tagte in Budapest eine ad-hoc einberufene „Europäische Evangelische Versammlung“ (vgl. HK, Mai 1992, 228) mit dem Ziel, unter den geänderten Verhältnissen die Gemeinschaft zwischen den protestantischen Kirchen Europas zu stärken. In Budapest wurde ein Votum verabschiedet, wonach die Leuenberger-Vollversammlung von 1994 genutzt werden solle, „um der Verpflichtung der evangelischen Kirchen zu gemeinsamem Zeugnis und Dienst mehr als bisher Ausdruck zu geben“. Der Prozeß der Verwirklichung voller Kirchengemeinschaft der durch die Reformation geprägten Kirchen solle rasch fortgesetzt werden.

Ein gemeinsames Verständnis von Kirche

Die Wiener Vollversammlung stand unter einer *dreifachen Perspektive*: Sie sollte zunächst dazu dienen, die Gemeinschaft innerhalb der Leuenberger Kirchengemeinschaft zu *vertiefen*. Zum zweiten ging es um die Möglichkeiten zur *Erweiterung* der Gemeinschaft